Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Wochenblatt „U.L.K.", Mittwoch „Haus und Garten". Man abonniert bei sämtl. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 3,75 Mark zzgl. Zustellungsgebühr. Ausland zzgl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 3 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. b. nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 10 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 20 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 108; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40; Schönh. Allee 162; Moritzplatz; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 246; Frankf. Allee 346; Wilhelmstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 41; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Schorlemerstr. 59; Nürnb. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 102; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/3; Reinickendorf: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 29/34; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeipl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 619
47. Jahrgang

Mittwoch
4. Dezember 1918

Die Kongreßbotschaft Wilsons.

Der Wortlaut der Erklärung.

Das Problem des Wiederaufbaus. — Vorzugsbehandlung für Belgien und Nordfrankreich. — Sechs Milliarden Dollars Steuern für 1919.

Amsterdam, 3. Dezember. (W. T. B.)

Der ausführliche Text der Botschaft Wilsons in der gemeinsamen Sitzung des Kongresses liegt jetzt in einer Reutermeldung hier vor. Danach sagte der Präsident u. a.:

„Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung, für neue Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen; nicht nur die häusliche Sicherheit. Unser Gedanke hat sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Recht der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrage mit der Republik Kolumbien zu sprechen. Ich fordere sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur gerechte, sondern auch edelmütige und dem Geist der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist. Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein

Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung.

Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten als wir."

Wilson sagte ferner: „In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet war, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte aus Angst, daß für die Industrien, die die Armeen versorgten, nicht genug vorhanden sein würden, sind freigekommen und wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren ganze Erzeugnisse und Maschinerien von der Regierung zur Benutzung übernommen worden waren, sind wieder für die Zwecke freigekommen, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dafür benutzt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden so viel wie möglich und im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden."

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisationen errichteten neuen Aemter zu sprechen und erklärte: „Seitdem der Waffenstillstand gesichert war (der tatsächlich auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperschaften den Geschäftsleuten dieses Landes zur Verfügung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen seit Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat."

Wilson sprach dann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Uebergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Bezüglich **Belgiens und Nordfrankreichs** sagte der Präsident: „Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosem Nachteile zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Ueberfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Sie dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig sein sollte, irgendeiner Stelle, wie zum Beispiel dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine

Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen

einzuräumen."

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Geschäftslebens" fuhr Wilson fort, „ist nichts von größerer Wichtigkeit als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es würde für das Land verhängnisvoll sein, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger als notwendig ist im Unsicheren zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 mindestens 8 Milliarden Dollars an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf 6 Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten. Die Versorgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.

Wilsons Stellung auf dem Friedenskongreß.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

w. Chiasso, 3. Dezember.

Ueber den Zweck der Europareise Wilsons schreibt der im Ministerium des Aeußern gut eingeführte Mitarbeiter der „Perseveranza" in Rom: „Der Präsident der Vereinigten Staaten wird sich vornehmlich, mit den grundsätzlichen Fragen der Neugestaltung der Welt befassen. Die Beilegung der einzelnen Streitfragen wird er den europäischen Staaten überlassen, jedoch verlangen daß feste dauernde Grundlagen für eine dauernde, friedliche Völkergemeinschaft geschaffen werden. Auf diesem Gebiet werden die italienischen Staatsmänner aller Wahrscheinlichkeit nach mit Wilson schnell in ein gutes Einvernehmen kommen. Wie die Konferenz in Versailles zeigte, hat Oberst House, der Vertrauensmann Wilsons, den Auftrag, viel zu hören und nichts zu sagen. In der Tat begnügte er sich damit, die Vorschläge der Ententeregierungen und ihrer Generalstäbler gutzuheißen, aber im Namen Wilsons den Vorbehalt zu machen, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht mit den Friedensbedingungen vermischt werden dürfen."

Rotterdam, 3. Dezember.

Wie „Daily Telegraph" aus Washington meldet, wird dort vorgeschlagen, daß alle ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe den Kern der Polizeiflotte des Schiedsgerichts bilden sollen, welches Wilson eingesetzt sehen will. Wie verlautet, ist Wilson entschieden optimistisch gestimmt in bezug auf die völlige Harmonie und freundschaftliche Uebereinstimmung zwischen den Alliierten, ganz im Gegensatz zu den Berichten, über die zu befürchtende Uneinigkeit, die die aus Europa zurückgekehrten Journalisten gebracht haben.

Genf, 3. Dezember.

Wie der Lyoner „Progrès" meldet, ist es im letzten Augenblick zweifelhaft geworden, ob Wilson in Brest landen wird. Es wäre möglich, daß die Landung in Cherbourg erfolge. Die amerikanische Flottenbasis in Brest hat eine Flottille von 16 Zerstörern ausgeschickt, um den Präsidenten zu begrüßen.

Die Abgabe der Handelsschiffe.

Keine Milderung der Bestimmungen für die Ostseeschiffahrt.

Berlin, 3. Dezember. (W. T. B.)

Die Kommission für Abgabe der Embargoschiffe setzt sich deutscherseits aus Mitgliedern des Reichsmarineamts, Reichswirtschaftsamts usw. zusammen. Da es sich um etwa 100 Schiffe handelt, werden die Verhandlungen einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Abgabe der Schiffe soll nach Möglichkeit beschleunigt werden. Zur Klärung der Grundfragen wird sich ein Vertreter des Reichsmarineamts nach Wilhelmshaven begeben und sich mit der Flotte und dem englischen Admiral Browning ins Benehmen setzen.

Die englische Kommission in deutschen Häfen trifft am 3. Dezember in Wilhelmshaven ein. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch Konteradmiral Goette geführt. Das Kommando der Hochseeflotte hat in Vertretung des erkrankten Flottenchefs Admiral Meurer übernommen.

Ueber die nachgesuchte Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen. Eine Milderung der Bestimmungen für die Handelsschiffahrt und Fischerei in der Ostsee tritt vorläufig nicht ein.

Berlin, 3. Dezember. (W. T. B.)

Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben gestern der **Waffenstillstandskommission** erklärt, daß sie es nicht dulden werden, daß deutsche Soldaten nach Ausscheiden aus dem Truppenteil in den besetzten Gebieten umherirren. Jeder Soldat, der auf dem linken Rheinufer verbleibt, wird von den Alliierten als Kriegsgefangener behandelt werden.

Die Verwüstung der deutschen Volkswirtschaft.

Die Gelderwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte;

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Dombrowski.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Berlin bleiben verworren. Die Regierung Ebert-Haase hat diese Entwicklung, trotz bestem Willen, bisher nicht aufzuhalten vermocht. Noch immer liegt allzuviel Macht in den Händen der Straße, der Spartaciden und der von ihnen geschobenen Unabhängigen, die mit ihrem Terror die Regierungsmaschine und das Wirtschaftsleben lähmen. Dazu kommt die militärische Nebenregierung des Berliner Vollzugsrats, der jetzt, der einmütigen Opposition aus dem Reiche nachgebend, einen besonderen Reichsausschuß gebildet und damit die eigentliche Regierungsgewalt übernommen hat. General Ludendorff stürzte Herrn v. Bethmann Hollweg und beseitigte Herrn v. Kühlmann. In seinem Schatten konnte keine ruhige und zielklare Politik von der Reichsleitung getrieben werden. Der Vollzugsrat wandelt getreu in seinen Spuren. Schon hat auch er die Beseitigung unbequemer Politiker, die Häupter Dr. Solfs und Erzbergers verlangt. Wie man weiß, hat sich die gesamte politische Abteilung des Auswärtigen Amtes mit dem Staatssekretär, als Kurt Eisner den ersten Vorstoß tat, solidarisch erklärt. Nun ist der Konflikt da, und es wird sich erweisen, ob Ludendorff, pardon, der Vollzugsrat mächtiger ist als die zivile Regierung und ob sie durch Nachgiebigkeit den Bajonetten gegenüber sich selbst ihre völlige Ohnmacht attestieren wird.

Das ist die politische Seite der Situation. Die finanzielle ist nicht weniger bedenklich. Nach der Mitteilung einer Korrespondenz, die meist aus offiziöser Quelle gespeist wird, haben die Arbeiter- und Soldatenräte in 14 — vierzehn — Tagen nicht weniger als achthundert Millionen Mark verwirtschaftet, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen. Wenn das so weiter geht, stehen wir in Wochen vor einem Staatsbankerott. 800 Millionen Mark, die in zwei Wochen allein von den Arbeiter- und Soldatenräten verpulvert wurden, sind etwa zwei Drittel der Riesensumme, die das Deutsche Reich vor dem Kriege jährlich für das gesamte Heer und die Marine verausgabte. Der Reichstag, und hier namentlich die Linke, übte früher an dem Militäretat die schärfste Kritik, insonderte im Interesse der Allgemeinheit, gewissermaßen an jedem Pfennig, und man wird sich erinnern, daß erst noch bei der letzten großen Heeresvorlage vor dem Kriege die Neubildung zweier Kavallerieregimenter gestrichen wurde, weil man sie für überflüssig hielt. Jetzt wird von den Arbeiter- und Soldatenräten das Geld förmlich zum Fenster hinausgeworfen, Löhne und Gehälter werden für die untergeordnetsten Dienste bezahlt, die akademische Beamte in den höheren Rangstufen noch nicht einmal nach zwanzig, dreißig Dienstjahren zu erreichen pflegen. Auf der letzten Tagung des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wurde zum Beispiel mitgeteilt, daß Schreibmädchen im Monat 900 Mark, sogenannte Kuriere, zu deutsch: Boten, 1200 Mark erhalten, und daß die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenrates sich selbst mit je 1200 bis 1500 Mark bedenken. Das sind nur einige Fälle. Wie muß mit dem Gelde gewüstet worden sein, wenn es die Arbeiter- und Soldatenräte insgesamt fertig gebracht haben, in vierzehn Tagen jene horrende Summe auszugeben?

Wer legt Rechenschaft über diese Millionenausgaben ab? Keine Volksvertretung ist vorhanden, um sie entgegenzunehmen. Und die Regierung? Auch sie sieht diesem unverantwortlichen Treiben ohnmächtig zu. Das deutsche Volk, das in seiner Gesamtheit neben allen furchtbaren finanziellen und wirtschaftlichen Kriegslasten auch noch diese Ausgaben aufbringen muß, hat ein Recht, danach zu fragen, aus welchem Fundus diese Hunderte von Millionen bestritten und wofür sie hergegeben wurden. Kurz vor dem Ausbruch der Revolution kündigte die Regierung eine neue 15-Milliarden-Kreditvorlage an. Im Reichstage ist sie nicht mehr eingebracht worden. Ende Oktober betrug unsere Kriegsschuldensumme 139 Milliarden Mark. Davon waren mit der zehnten Anleihe nur 98 Milliarden durch Anleihen gedeckt. 41 Milliarden schweben völlig in der Luft. Seitdem sind die Kriegsausgaben mit etwa zwei Milliarden Mark weiter gewachsen. Die besonderen Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte, sechs Millionen bereits in den ersten vierzehn Tagen, treten hinzu, und so fort. Ferner darf man nicht vergessen, was für ungeheure Materialverluste infolge der militärischen und zivilen Desorganisation zu buchen sind, und was n...